

Anhörung zur Job-Center-Reform im Ausschuss für Arbeit und Soziales – Bericht von Elke Badde

Am 7. Juni 2010 hat im Bundestag im dortigen Ausschuss für Arbeit und Soziales die Sachverständigenanhörung zur Job-Center-Reform stattgefunden, an der wir als Hamburger Zuhörerinnen teilgenommen haben. Die überwiegende Mehrheit der Sachverständigen begrüßte den Gesetzesentwurf zur Weiterentwicklung der Organisation der Arbeitsverwaltung. Damit könnten Kommune und Agentur für Arbeit ihre bewährte Zusammenarbeit unter verbesserten Rahmenbedingungen fortsetzen und Synergien nutzen. Durchaus kritisch hingegen wurde die Ausweitung der Option gesehen, weil dadurch eine Zersplitterung der Rechtsanwendung im Bundesgebiet drohen könnte. Ungleiche Lebensverhältnisse wären die Folge.

Die Anhörung hat jedoch auch Optimierungs- beziehungsweise Präziserungsbedarf an verschiedenen Stellen des Gesetzentwurfes aufgezeigt, so hinsichtlich der Evaluation, was die Validität der Zahlen betrifft. Die Qualität bisher gelieferter Zahlen aus den Argen differiere sehr stark. Hervorgehoben wurde auch, dass ein guter Betreuungsschlüssel alleine noch keine gute Betreuung gewährleistet, vielmehr müssen angemessen viele Beschäftigte im direkten Einsatz bei den Leistungsempfängern tätig sein und diese müssten hinreichend geschult sein. Hierfür sei es wichtig, dass die Zahl befristeter Beschäftigter langfristig abgesenkt werde und personalvertretungsrechtliche Regelungen optimiert würden. Insgesamt wurde auch bemängelt, dass es an einem ganzheitlichen Ansatz von Arbeitsmarktförderung und flankierenden Maßnahmen fehle.

Deutlich wurde aus meiner Sicht, dass es gilt, die bisher gefundene Zusammenarbeit von Agentur für Arbeit und Kommunen zu festigen und zu optimieren, um den Leistungsempfängern verlässliche und qualitative gute Förderung zukommen zu lassen.